

Die Woche im Bundestag



CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen



Haushalt 2024: hemmungslose Ausgabenpolitik

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Koalition den Haushalt für das laufende Jahr beschlossen. Der Etat wird einen Rekordumfang von 477 Milliarden Euro haben. Die Neuverschuldung beträgt 39 Milliarden Euro. Eigentlich hätte die Ampel den Etat im November unter Dach und Fach bringen sollen, hätte das Bundesverfassungsgericht nicht ihrer Schuldenpolitik einen Riegel vorgeschoben.

Seitdem hat die Koalition ein Flickwerk aus vermeintlichen Einsparungen vorgelegt, das sich als Belastungspaket für Bürger und Wirtschaft entpuppt. So werden die Lkw-Maut, die Luftverkehrsabgabe und der CO2-Preis erhöht. Die Mehrwertsteuerermäßigung auf Speisen im Restaurant wird zurückgenommen, ebenso wie - perspektivisch - die Agrardieselrückvergütung für die Bauern. Zusätzlich wird eine Plastikabgabe eingeführt.

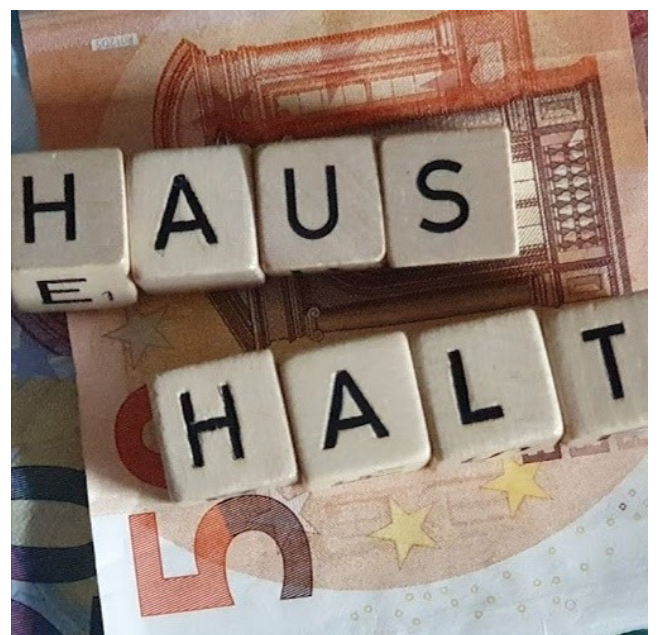
Anstelle neuer Steuern und Abgaben erwarten Bürger und

Unternehmen jedoch zu Recht Entlastungen. Sie leiden unter Inflation, knappen Wohnungsangebot, unter unregelter Zuwanderung und einer schrumpfenden Wirtschaft. Voraussichtlich zum zweiten Mal in Folge wird Deutschland 2024 kein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen.

„Die Ampel redet von ‚Sparhaushalt‘, spart aber fast nichts. Tatsächlich haben wir einen Belastungshaushalt, der vor allem Arbeitnehmer und Rentner mit mehr Steuern und Abgaben belegt. Landwirte und Pendler trifft es noch extra. An die riesigen Kostenblöcke Bürgergeld und Asyl geht die Regierung nicht ran.“

Dr. Mathias Middelberg MdB

Es verunsichert die Bevölkerung nachhaltig, dass die Ampel die Probleme des Landes nicht angeht, was sich wiederum im Umfragenzuwachs für Rechtsextremisten und Rechtspopulisten ausdrückt.



Holocaust-Gedenken im Bundestag: „Sei a Mensch!“



Foto: Michael Wittig (CDU/CSU)

In einer Zeremonie hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 sprachen die Holocaust-Überlebende Eva Szepesi und der Sportjournalist Marcel Reif als Vertre-

ter der Nachfolgegeneration zu den Abgeordneten. Eva Szepesi warnte Bürgerinnen und Bürger vor Rechtsextremismus, vor Antisemitismus und Judenhass, der nach dem blutigen Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 neu entflammt ist. Die 91-jährige gebürtige Ungarin, die als eines von wenigen Kindern den Gaskammern der Nazis entkam, zeigte sich entsetzt über die Gräueltaten der palästinensischen Attentäter, aber auch über Sympathiebekundungen hierzulande.

Marcel Reif würdigte die Tatsache, dass Szepesi Deutschland „mit unfassbar großem Herzen eine zweite Chance“ gegeben habe. Diese zweite Chance dürfe „niemals und nirgends vertan werden“. Das „Nie Wieder“, das Deutschland sich auf seine Fahnen geschrieben hat, müsse „gelebte und unverrückbare Wirklichkeit werden“, sagte der Sportjournalist, dessen Vater den Holocaust nur knapp überlebt und zeitlebens über seine Erfahrungen geschwiegen hatte. Der Sohn hatte erst nach dessen Tod davon erfahren, dass der Vater in letzter Sekunde aus einem Deportationszug gerettet worden war. Was der Vater ihm mit auf den Weg gegeben habe, sei die Essenz seiner Erfahrung gewesen – der Appell: „Sei ein Mensch!“

Agrarhaushalt ist Ohrfeige für Landwirte

Der Bundestag hat in dieser Woche den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums für das laufende Jahr beraten. Dazu erklärt der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann:

„Der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums ist eine Ohrfeige für die Bäuerinnen und Bauern, und er vernachlässigt den ländlichen Raum. So gibt es weniger Fördergelder, weniger Investitionen, stattdessen mehr Bürokratie und sogar noch Steuererhöhungen. Minister Cem Özdemir konnte sich im Kabinett und auch bei den Verhandlungen der Koalitionspartner nicht durchsetzen.“

Dass der Minister selbst die Haushaltseinigung der Regierung kritisiert, ist geradezu absurd. Seine Politik besteht aus Ankündigungen, die nie umgesetzt werden, und finanziellen Versprechen, die von der eigenen Koalition einkassiert werden. Im Ergebnis schadet dies dem Agrarstandort Deutschland. Denn Landwirte brauchen Planungssicherheit und keine warmen Worte.“



Die Woche im Plenum



Bundshaushalt 2024 – Orientierungslosigkeit in Zahlen

Diese Woche war keine normale Sitzungswoche, sie stand vielmehr ganz im Zeichen des Bundshaushaltes. Wichtige Entscheidungen mussten endlich getroffen werden. Die Beratungen zum Bundshaushalt 2024 waren chaotisch. Es gab keine Eckwerte und der Regierungsentwurf kam verspätet. Dann traf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu unserer Klage gegen den Zweiten Nachtragshaushalt 2021 die Ampel völlig unvorbereitet. Ein Plan B war trotz Ankündigung nicht vorhanden. Bundesregierung und Koalitionsfraktionen schienen paralytisch und hatten offenkundig keinen Überblick. Nach zwei Bereinigungssitzungen mit insgesamt rund 25 Stunden Beratungszeit wurde ein Haushalt verabschiedet, der nicht zu einer Aufbruchstimmung in Deutschland führen, sondern bei vielen Bürgern und Unternehmen für Frust und Angst um die eigene Existenz sorgen wird.

Enormes Belastungspaket für Bürger und Unternehmen

Nach dem Urteil waren Bundeskanzler Scholz, Bundeswirtschaftsminister Habeck und Bundesfinanzminister Lindner vier Wochen auf der Suche nach Geld, um dann ein vermeintliches „Sparpaket“ in Höhe von 17 Milliarden Euro vorzulegen, dessen Details sie zunächst nicht einmal erklären konnten. Dieses sogenannte „Sparpaket“ ist in Wahrheit ein enormes „Belastungspaket“ mit Steuer- und Abgabenerhöhungen für Bürger und Wirtschaft. Echte Einsparungen im Bundshaushalt muss man hingegen mit der Lupe suchen. Die Ministerien leisten gerade einmal einen Sparbetrag von 1,4 Milliarden Euro. Ansonsten agiert die Bundesregierung mit Verschiebebahnhöfen, Hoffnungswerten und Einnahmeverbesserungen durch höhere Belastungen. Das Handeln der Ampel zeigt auch eine soziale Schieflage. Während rd. 2,5 Milliarden Euro für die 12 %ige Erhöhung des Bürgergeldes zur Verfügung gestellt

werden, wird den Bauern die Agrardieselmrückvergütung gestrichen. Den Menschen, die für die Ernährungssicherheit sorgen, wird ein Sonderopfer zur Haushaltssanierung abverlangt. Insgesamt ist zu befürchten, dass die Vielzahl der Steuer- und Abgabenerhöhungen Bürger und Unternehmen überfordert. Es geht um einen deutlich zweistelligen Milliardenbetrag durch die Ampel-Maßnahmen:

- Erhöhung der Lkw-Maut,
- höherer CO₂-Preis,
- Abschaffung der Agrardieselmrückvergütung,
- Erhöhung der Luftverkehrsabgabe,
- Einführung einer Plastikabgabe,
- Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas.

Gleichzeitig sind die Sozialversicherungsbeiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung in vielen Fällen gestiegen. Zusätzlich kürzt die Ampel den Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung erheblich. Beitragssteigerungen dürften die Folge sein. Immerhin wurde auf den geplanten Beitrag der Bundesagentur für Arbeit zur Haushaltskonsolidierung verzichtet. Mit dieser Maßnahme versuchte die Ampel erneut die Schuldenbremse zu umgehen, indem aus Notlagenkrediten der Jahre 2020 und 2021 stammende Gelder überjährig und zweckfremd in den Bundshaushalt rücküberführt werden sollten. Erst nach massiver Kritik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erfolgte die Rücknahme dieser Maßnahme.



Kein Sparen – Ausgaben und Schulden weiter expansiv

Der Bundshaushalt 2024 hat ein Volumen von 477 Milliarden Euro, noch einmal 20 Milliarden Euro über dem Vorjahresniveau, bei einer Neuverschuldung von 39 Milliarden Euro. Damit schöpft die Koalition die maximal zulässige Neuverschuldung nach der Schuldenbremse von rund 22 Milliarden Euro vollständig aus und dehnt den Spielraum durch angebli-

che finanzielle Transaktionen noch erheblich aus, etwa für die Aktienrente mit 12 Milliarden Euro.



Diese Haushaltspolitik der Ampel wird den Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht. In Deutschland gibt es gegenwärtig zwei Kernaufgaben: den Schutz der Freiheit im Äußeren und die Wahrung des Wohlstands im Innern. Der Ampel-Haushalt 2024 bildet diese Kernaufgaben nicht ab. Es fehlt eine aktive, zukunftsgerichtete haushaltspolitische Strategie. In dieser Koalition geht es immer nur darum den Burgfrieden sicherzustellen, indem jeder etwas bekommt. Es müssten aber große Ausgabenblöcke wie beispielsweise das Bürgergeld in den Blick genommen und dadurch reduziert werden, dass größere Anreize für eine Arbeitsaufnahme gesetzt werden. Stattdessen werden Konsolidierungsbedarfe durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben vermeintlich gelöst und damit die breite Bevölkerung zusätzlich belastet. Gleichzeitig werden bestimmte Branchen, wie die Landwirtschaft und die Luftverkehrswirtschaft, darüber hinaus besonders belastet. Tatsächlich müssten jetzt die Grundlagen dafür gelegt werden, dass in Deutschland Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gesichert werden und die richtigen Antworten auf die geo- sowie sicherheitspolitischen Herausforderungen gegeben werden. Die Koalition gibt sie mit diesem Haushalt nicht.

Bundshaushalt 2025 steht vor großen Herausforderungen

Für den Bundshaushalt 2025 erwarten wir von der Ampel die Rückkehr zu einem geordneten Haushaltsverfahren, d.h. die Vorlage von Eckwerten im Frühjahr und einen vollständigen Regierungsentwurf vor der Sommerpause. Ein Ausblick auf den Haushalt 2025 zeigt, dass die Herausforderungen immens sein werden. Ausgehend von den vielen Wünschen und Begehrlichkeiten der Ampel-Koalition, der bisherigen Finanzplanung und dem Ausgabenniveau im Bundshaushalt 2024 gibt es schon jetzt einen haushaltspolitischen „Handlungsbedarf“

von 20 bis 30 Milliarden Euro. Wir werden darauf pochen, dieses Haushaltsloch im Einklang mit der Schuldenbremse zu schließen.

Neujahrsempfang der Landesgruppe

In dieser Woche fand wieder der traditionelle Neujahrsempfang der Landesgruppe statt. Anlass für den Empfang in der Parlamentarischen Gesellschaft ist stets der Dank der Abgeordneten an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die geleistete Arbeit und die Unterstützung. In diesem Jahr stimmte unser EU-Spitzenkandidat David McAllister mit einem Ausblick auf die Europawahl im kommenden Juni auf das Wahljahr 2024 ein.



Außerdem konnte Dr. André Berghegger offiziell verabschiedet werden, der zum Jahresbeginn aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden und als Hauptgeschäftsführer zum Deutschen Städte- und Gemeindebundes gewechselt war. Zugleich konnte die für ihn nachrückende Ingrid Pahlmann wieder als Landesgruppenmitglied in den Reihen der Landesgruppe begrüßt werden.

CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.